

ist und daß die Wiedervereinigung schon deshalb zuerst zustande kommt, weil wir Deutsche ein Recht darauf haben. Schnelle Erfolge zu erwarten, wäre eine gefährliche Täuschung. Es ist möglich, daß die jetzt beginnende Periode von Verhandlungen zwei Jahre oder noch länger dauert.“

Konrad Adenauer sprach diese Worte mit leiser, klarer Stimme, jedes Wort gleichmäßig stark betonend. Er saß in demselben stillen, matt erleuchteten, pastellfarbig tapezierten Salon des Pariser Hotels Bristol, in dem er vor nur einem halben Jahr mit aufgeregt lauter Stimme und auftrumpfenden Handbewegungen verkündet hatte: „Wir sitzen jetzt in der größten und mächtigsten Militärallianz der Geschichte... Die ganze atlantische Gemeinschaft wird jetzt für unser Ziel, die Wiedervereinigung, mit Macht eintreten, und die Wiedervereinigung wird nun bald in Frieden und Freiheit kommen...“

Ein Urlaub tat dringend not

Nachdem die Fahnen der Atlantikpakt-mächte im Palais de Chaillot eingeholt worden waren, mußten sich die sieben Minister des Rates der Westeuropäischen Union noch einmal zusammensetzen, um sich — wie am Ende bisher jeder europäischen Konferenz — mit der Saarfrage herumzuschlagen.

Konrad Adenauer und Antoine Pinay hatten sich nicht auf eine neue gemeinsame Formel für die Vollmachten des neutralen Saarkommissars einigen können. Sie hatten sich in den letzten Tagen mehrere Briefe geschrieben, aber darin hatten sie nur ihre Standpunkte verteidigt. Immerhin hatten sich die beiden auf eines geeinigt: Sie wollten den Schiedsspruch anerkennen, den die anderen fünf West-Europa-Unions-Mächte fällen würden.

Am Mittwochabend war dann der neue Kompromiß fertig. Zum Abschiedsdinner bei Antoine Pinay wurde allseitig auf den Smoking verzichtet, um die Gäste nicht erst wieder in ihre Hotels zurückjagen zu müssen. Tags darauf, am Donnerstag, ging Großbritanniens Außenminister Macmillan im Auftrag der sieben Minister der Westeuropäischen Union zu dem Saarministerpräsidenten Johannes Hoffmann, um ihm den Ratsbeschluß, den die französische wie die Bundesregierung als verbindlich anerkannt haben und gegen den nun kein Protest mehr eingelegt werden kann, zu erklären: Der Saarkommissar soll nun nur noch in dringenden und schwerwiegenden Fällen ein effektives Vetorecht gegen Beschlüsse der Saarregierung haben.

Am gleichen Donnerstag noch flog Konrad Adenauer mit seiner Lufthansa-Maschine wieder nach Bonn zurück. Am Freitag letzter Woche erstattete er dem Bundeskabinett und den Vorsitzenden der Koalitionsparteien im Palais Schaumburg einen Zwei-Stunden-Bericht, der mit Dank und Glückwünschen entgegengenommen wurde. Mit der einmütigen Billigung seiner Politik konnte Konrad Adenauer dann seine letzten Urlaubsvorbereitungen treffen.

Trotz seiner Absicht, die Verwirklichung der Verträge so energisch und so schnell wie möglich zu betreiben, hat Konrad Adenauer sich auf Anraten seiner ärztlichen Betreuer zu einer Kur in seinem traditionellen Urlaubsort Bühlerhöhe entschlossen. Denn die Frist neigt sich dem Ende zu, nach deren Ablauf sich — auf Grund medizinischer Erfahrungen — die physischen und psychischen Schwächeanfänge wiederholen könnten, die Ende vergangenen Jahres Unsicherheit und Unruhe in die Reihen der Koalitionsgruppen getragen hatten.

PROPAGANDA

SCHWINDEL

Was man hören will

Bei einem Sonderdezernat der Staatsanwaltschaft in Dortmund beginnt dieser Tage ein Ermittlungsverfahren, an dessen diskreter Abwicklung Bonner Bundesministerien ebenso wie Düsseldorf Landesministerien brennend interessiert sind. Der Vorgang wird unter dem Aktenzeichen 3 Js 109/55 geführt;



„Friedensklärchen“ Faßbinder
Ist Ihnen bekannt, was Vopos machen?

der rote Aktendeckel trägt den Namen des Beschuldigten: Hans van Nahl.

Es ist noch ungewiß, welche Punkte der staatsanwaltliche Sonderdezernat am Ende seiner Ermittlungen in der Anklageschrift gegen Hans van Nahl aufzuführen wird. Doch scheint es heute schon sicher, daß der Beschuldigte entweder im Zuchthaus oder in der Heil- und Pflegeanstalt landen wird — beides Einrichtungen, die ihm von eigenen Aufhalten her gut bekannt sind.

Kein Zweifel, die Patenlösung Irrenanstalt für Hans van Nahl würden diesmal manche staatlichen und kirchlichen Würdenträger insgeheim begrüßen. Sie wäre jedenfalls ein Ausweg, auf dem man möglicherweise die öffentliche Verhandlung vor einer Strafkammer vermeiden könnte.

Solche Bedenken gegen ein ordentliches, öffentlich geführtes Strafverfahren sind verständlich. Denn Hans van Nahl ist nicht irgendein alltäglicher Fall; er ist immerhin der Mann, auf den etliche Ministerien, kirchliche Stellen, CDU-Funktionäre und Zeitungen scharenweise hereingefallen sind.

Die Geschichte, die aufzuhellen sich jetzt ein Dortmunder Staatsanwalt bemüht, be-

gann im vergangenen Jahr während des Katholikentages in Fulda. Dieser Katholikentag stand unter dem Wort der Schrift: „Ihr sollt mir Zeugen sein“, und Hans van Nahl war es, der unter diesem Motto in Fulda seinen ersten großen Auftritt hatte: als „christkatholischer Kronzeuge gegen die rote Diktatur“.

Damals war es im „Politischen Arbeitskreis“ des Katholikentages zu einem heftigen Disput gekommen, und zwar zwischen dem Staatsminister außer Diensten und rheinpfälzischen CDU-Fraktionschef Dr. Adolf Süsterhenn und der Professorin Dr. Klara-Marie Faßbinder, früher Dozentin an der Pädagogischen Akademie Bonn. Frau Faßbinder gehört zur Spitze des „Friedensbundes Deutsche Katholiken“, den sie gleich nach dem ersten Weltkrieg mitgegründet hatte. Nach dem zweiten Weltkrieg hat sie sich viele Male als „Mittlerin zwischen Ost und West“ auf „Friedenskongressen“ östlicher Prägung so entschieden hervorgetan, daß selbst unbefangenen Betrachtern Zweifel wenigstens an der Zweckmäßigkeit ihres etwas einfältigen Engagements unter der roten Flagge kamen.

Kein Wunder also, daß die Friedensprofessorin in der Fuldaer Debatte einen schweren Stand hatte. Ihre Argumente für „friedliche Verständigung und Brückenschlag aus christlicher Verantwortung“ fielen vornehmlich bei der Versammlungsleitung auf steinigen Boden, was selbst den in parlamentarischen Bräuchen ungeübten Zuhörern nicht verborgen blieb.

Für Busen interessant

Unter diesen Zuhörern saß nun auch der Hans van Nahl, der einige Wochen zuvor die Sowjetzone verlassen hatte. Der Aufenthalt dort war ihm verleidet worden: Der Bischof von Meißen — Bischof Wienken mit Amtssitz in Bautzen. An der Petrikirche 6 — hatte in einem Rundschreiben an die kirchlichen Vereine und Institutionen seiner Diözese vor Hans van Nahl wegen kleinerer Betrügereien zum Nachteil katholischer Organisationen dringend gewarnt.

Davon war in Fulda aber offenbar nichts bekannt, als van Nahl seinen nächsten Schwindel startete. Er wandte sich an einen in seiner Nähe sitzenden Pfarrer und bot sich — heiser vor Erregung — an, den versammelten Katholiken zu berichten, was er während seiner „achtjährigen Gefangenschaft bei der NKWD“ unter der Knute der Gottlosen erlebt hatte. Der geistliche Herr war von diesem Diskussionsbeitrag sehr angetan. Er brachte den Hans van Nahl unverzüglich an die Versammlungsleitung heran, die ihm sofort das Wort gab.

Es störte niemanden, daß van Nahl stockend sprach. Man hielt es für ein Zeichen der Ergriffenheit und war überwältigt von der Furchtbarkeit der von ihm geschilderten Erlebnisse. Nach den Anklagen gegen den gottlosen Osten richtete van Nahl dann einige polemische Fragen an Frau Faßbinder, die alle begannen: „Ist Ihnen bekannt...“ Die letzte Frage lautete: „Ist Ihnen bekannt, daß im Frühjahr 1950 1300 Mädchen und Frauen von jungen Volkspolizisten am ganzen Körper kahlgeschoren wurden?“

Es war klar, daß der Professorin Klara-Marie Faßbinder, die wohlwollende Gegnerin des „Friedensklärchens“ nennen, von der massenweise exerzierten Totalschur nichts bekannt war. Gegen diesen „Kronzeugen“, der „eigene Erlebnisse“ zum besten gab, kam sie nicht an. Daß sie es trotzdem versuchte, brachte ihr in dem CDU-Blatt „Trierische Landeszeitung“ vom 18. September 1954 den Tadel ein, ihr

ganzes Verhalten sei „eine respektable Serie von Dolchstößen gegen die freie Welt“.

Als Pazifistin hatte sich Frau Faßbinder bei ihrer Schulbehörde schon 1950 verdächtig gemacht, als der Bundeskanzler ungefragt den Westmächten in seinem Memorandum vom 30. August westdeutsche Soldaten offeriert hatte. Dennoch war sie überrascht, als der Kultusminister von Nordrhein-Westfalen, Frau Christine Teusch, ihr mit einem Schreiben vom 8. April 1953 den Lehrauftrag für Geschichte an der Pädagogischen Akademie Bonn entzog. Mit einer Verfügung vom 8. August 1953 leitete Christine Teusch dann ein förmliches Dienststrafverfahren gegen das „Friedensklärchen“ ein, und am 9. November 1953 wurde Klara-Marie Faßbinder vorläufig vom Dienst suspendiert.

kannt; Herrn Oberbürgermeister Busen habe ich nie gesprochen.“

Den Hauptstoß gedachte man aber im Hause des gesamtdeutschen Jakob Kaiser zu führen. Frau Hampel, Oberregierungsrätin in Kaisers Ministerium, glaubte, zum Vernichtungsschlag gegen das „Friedensklärchen“ auszuholen, als sie Anfang 1952 eine Charlotte Hübler in die „Friedensbewegung“ einschleuste. Frau Hübler wurde mit dem Auftrag delegiert, den Nachweis zu führen, daß die „Friedensbewegung“ kommunistisch gelenkt und finanziert werde.

Die Hübler schrieb an die Professorin belastende Briefe über Geldempfang aus der Sowjetzone und ähnliches. Die Professorin verstand diese Briefe nicht, weil sie nie Geld bekommen hatte; sie antwortete entsprechend. Was die Professorin

ter, sie habe ihre an Frau Faßbinder gerichteten Briefe in der Eisenbahn liegenlassen.

Als die Pleite nicht mehr zu vertuschen war, bat das gesamtdeutsche Ministerium, die Hübler-Briefe zurückzuschicken. Das lehnte der Untersuchungsführer ab, weil sie bereits „Gegenstand der Beweiserhebung“ waren. Dieser unerschrockene Jurist war übrigens der zweite mit dem Fall Faßbinder beschäftigte Untersuchungsführer. Der erste, Landgerichtsdirektor Dr. Leistner aus Bonn, hatte sich für befangen erklärt. Das „Friedensklärchen“ hatte sich früher mit Erfolg für die Freilassung eines Verwandten dieses Richters aus einem sowjetzonalen Zuchthaus eingesetzt.

Selbstverständlich wurde auch das Bundesamt für Verfassungsschutz auf die

MANN IN DER ZEIT

* Dezember 1954

Der Leidensweg eines Mannes

Er wollte in Fulda Zeuge sein

Die Katholische Nachrichtenagentur meldete am Ende des Fuldaer Katholikentages: „Ein Teilnehmer am Politischen Arbeitskreis des Katholikentages, der acht Jahre lang Gefangener der NKWD war, fragte Frau Professor Faßbinder (Bonn), die im Verlaufe der Arbeitsgemeinschaft wiederholt für die „östliche Friedenspolitik“ eingetreten war, ob sie als Katholikin verantworten könne, daß 24 783 Deutsche allein bis zum 2. Februar 1950 in Sachsenhausen 'kriepert' seien. Die Menschen in der Ostzone seien erschüttert, daß sie als Katholiken durch die Sowjetzone fahre und öffentlich gegen die Bundesrepublik rede.“

Dieser Mann kehrte nach dem Katholikentag wieder in die Sowjetzone zurück und mußte jetzt flüchten. Er gab „MANN IN DER ZEIT“ einen umfangreichen Bericht, den wir nachstehend auszugsweise veröffentlichen.



Falscher Zeuge van Nahl im „Mann in der Zeit“: Stelen Dank dem Staatssekretär!

Seit dem Sommer 1952 war die Personalakte Faßbinder im Düsseldorfer Kultusministerium mehr und mehr angeschwollen. Da ist von Beschwerden die Rede, die Teilnehmer der von der Professorin gehaltenen historischen Seminare angeblich verfälscht haben sollen. Die Studenten und Studentinnen versicherten allerdings später schriftlich, niemand von ihnen habe irgendeine Meldung über die Professorin gemacht.

Monate später schrieb ein Student an die Professorin, er sei „froh und glücklich, daß ich damals die Aufforderung, Sie zu bespitzeln und in Ihren Vorlesungen mitzuschreiben, abgelehnt habe“. Auch der Rektor der Pädagogischen Akademie in Bonn, Dr. Heinrich Lentz, schrieb Ende 1953 in einem vom Ministerium angeforderten Bericht: „Mir sind keine Klagen aus dem Studentenkreis und aus dem Munde der Kollegen über Frau Prof. Dr. Faßbinder bekanntgeworden.“

Ein Jahr zuvor, am 26. November 1952, hatte Bonns Oberbürgermeister Peter-Maria Busen an Minister Christine Teusch geschrieben: „Interessant war für mich die Mitteilung des Herrn Dr. Klein, daß nach Angabe von Frau Dr. Hampel vom Ministerium für gesamtdeutsche Fragen Frau Prof. Dr. Faßbinder aus sowjetischen Mitteln finanziert wird.“

Dazu der apostrophierte Dr. Klein, Ministerialrat im Düsseldorfer Kultusministerium und Dezentrat für die Pädagogischen Akademien in Nordrhein-Westfalen: „Frau Dr. Hampel ist mir unbe-

nicht wußte, war, daß Photokopien der Hübler-Briefe beim Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen gesammelt und schließlich mit einem großen Bericht über die angeblich entlarvte Professorin im November 1953 unter dem Aktenzeichen I B 1 — 750 — 1 — 5357/53 IV an das Düsseldorfer Kultusministerium geschickt wurden. Die Antwortbriefe der Klara-Marie Faßbinder an den weiblichen Agent provocateur fehlen allerdings in dieser Akte.

Später wollte der als Untersuchungsführer bestellte Bonner Landgerichtsdirektor Schroeder wissen, woher eigentlich das gesamtdeutsche Ministerium diese Photokopien von Briefen bekommen habe, die an die beschuldigte Professorin geschickt worden waren, und die Frau Faßbinder nie aus der Hand gegeben hatte. Das Ministerium kannte den Artikel 10 des Grundgesetzes (Postgeheimnis*) und antwortet dem Untersuchungsführer, „man“ habe in einem Omnibus ein Aktenbündel gefunden, das die belastenden Briefe enthalten habe.

Diese ministerielle Geschichte hat aber zwei Schönheitsfehler: Die beiden belastenden Briefe sollen angeblich gleichzeitig gefunden worden sein. Sie waren jedoch in einem Zeitabstand von mehr als einem Monat geschrieben worden, und die Professorin hatte beide pünktlich erhalten. Die Charlotte Hübler schrieb spä-

* „Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich. Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden.“

Professorin Klara-Marie Faßbinder ange-setzt. Am 29. Oktober 1953 fertigten Otto Johns Mitarbeiter unter „Vertraulich“ und mit dem Aktenzeichen „Bundesamt für Verfassungsschutz Abt. III/11 — d — 142 — 8561/53“ einen Bericht. Kein einziger der hierzu vernommenen Zeugen konnte später die Richtigkeit der von den Verfassungsschützern angeführten Belastungspunkte bestätigen.

Schon im Frühjahr 1954 stand fest, daß alle Anschuldigungen gegen Frau Faßbinder haltlos waren. Die Professorin und ihre Anwälte hatten Punkt um Punkt widerlegt. Die Affäre zu liquidieren und die vorläufige Dienstenthebung rückgängig zu machen, blieb allerdings der Christine Teusch erspart. Nach den Landtagswahlen vom Juni 1954 kehrte sie nicht mehr in ihr Minister-Amt zurück. Ihr Nachfolger wurde der Rechtsanwalt Werner Schütz.

Kultusminister Schütz suchte zunächst nach einem Weg, den Streit mit dem „Friedensklärchen“ gütlich beizulegen. Aber gerade als Klara-Marie Faßbinder ihre Lehrtätigkeit wieder aufnehmen wollte, geschah es, daß Schütz sie erneut mit sofortiger Wirkung vom Dienst suspendierte und ihr außerdem vorsorglich untersagte, die Pädagogische Akademie Bonn zu betreten.

Diesmal schien der Düsseldorfer Kultusminister in der Tat einen gewichtigen Grund für seine strengen Anordnungen zu haben: Hans van Nahl, der sensationelle Debatter des Fuldaer Katholikentages, hatte inzwischen öffentlich nicht mehr

und nicht weniger behauptet, als daß die Professorin eine bezahlte Agentin des sowjetzonalen Staatssicherheitsdienstes sei.

Die „Ketteler-Wacht“, das Blatt der katholischen Arbeiterbewegung, und der „Rheinische Merkur“, das Blatt des Kanzlers, druckten diese Nachricht ab. Auch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung griff das dankbare Thema im „Spiegel der katholischen Kirchenpresse“ — Nr. 5/54 vom 30. November 1954 — auf. Diese Veröffentlichung fand freilich ein unerwartetes Echo.

Es war der ordentliche Professor und päpstliche Hausprälat Dr. Kraft aus Bamberg, der am 9. Dezember 1954 dem Bonner Presseamt schrieb:

Ich bin über diesen Bericht erschüttert, weil er sachlich einen allzu deutlichen Stempel der Entstellung und Verleumdung von A-Z an sich trägt. Da ich es als Katholik entschieden ablehne, in einem vom amtlichen Presseorgan der Bundesregierung herausgegebenen „Spiegel der katholischen Kirchenpresse“ unverantwortliche Berichte abgedruckt zu finden, deren Substrate nicht untersucht sind, ja, die schon formell eine üble Brunnenvergiftung darstellen, und da es mich weiter als CSU-Mitglied empört, daß durch solche Berichtswiedergaben das Vertrauen selbst zur Bundesregierung untergraben wird, leite ich obige Zeilen sowohl Ihnen als auch im Abdruck einem zuständigen Bundestagsabgeordneten zu.

Der Höhepunkt der Kampagne gegen Klara-Marie Faßbinder war aber erst ein groß aufgemachter Bericht über den Leidensweg des Hans van Nahl in der Monatszeitung der katholischen Männerseelsorge „Mann in der Zeit“. Dieser Artikel, in dem Frau Faßbinder sechsmal namentlich genannt wird, war eine echte Sensation. Wörtlich schreibt Hans van Nahl, der in der Zeitung, vor der Silhouette des Fuldaer Doms stehend, auch abgebildet ist:

Ich fuhr nach dem Katholikentag wieder in die Sowjetzone zurück. Ich dachte, in einer geschlossenen Arbeitsgemeinschaft des Katholikentages sei ich unter gleichgesinnten, zuverlässigen Katholiken. Wie naiv war ich, doch! 14 Tage später kam der SSD (Staatssicherheitsdienst) in meine Wohnung, um mich wegen meines Auftretens in Fulda zur Verantwortung zu ziehen. Man hatte ein genaues wörtliches Protokoll von dem, was Frau Prof. Faßbinder, Herr Jensch, ich und Kaplan Klausener gesagt hatten. Dazu ein Tonband.

Jedes Leugnen war zwecklos. Sie sagten, keiner sei so provokatorisch aufgetreten wie ich. Sie fragten, ob ich für sie — gegen die Kirche arbeiten wollte. Die Vernehmung verlief unter den üblichen Begleitumständen. Als ich mich, trotz bester Versprechungen, weigerte, versuchte man, mir zu beweisen, daß auch Frau Prof. Faßbinder seit 1953 mit ihnen zusammenarbeite. Man zeigte mir Briefe, die die Unterschrift von Frau Prof. Faßbinder trugen und an sie gerichtet waren. Ob diese Unterschrift echt war, konnte ich natürlich nicht feststellen. Man forderte mich auf, nach fünf Tagen meine Erklärung abzuliefern. Diese Frist war meine Rettung.

Auf abenteuerlichen Wegen gelangte ich in die Bundesrepublik. Alles blieb zurück. Ich war wieder bettelarm. Ein Priester half mir, nach Köln zu kommen. Ich wurde von einer Stelle zur anderen geschickt. Aber nur wenige hatten Zeit und Hilfe für mich. Da mein Geld zu Ende ging, verkaufte ich einen Anzug und einige Fachbücher. Als letzten Ausweg besuchte ich einen Staatssekretär in einem Bundesministerium. Dieser Herr ergriff uneigennützig die Initiative in allen Angelegenheiten. Steter Dank diesem Mann!

Mit dieser Veröffentlichung begann nicht nur ein neues Trommelfeuer auf das „Friedensklärchen“, sondern auch ein paradiesischer Zustand für den „Flüchtling“ Hans van Nahl. Die Hilfe für den verfolgten Glaubensbruder war wirklich durchgreifend. Mancher Sonderfonds wurde angezapft. Nicht ein einziger der hohen Ministerialbeamten und kirchlichen Würdenträger hatte sich Gedanken darüber gemacht, wieso eigentlich Hans van Nahl, der bei seiner plötzlichen Flucht angeblich alles zurücklassen mußte, Fachbücher verkaufen konnte, um seinen Lebensunterhalt zu bestreiten. Auch fiel es niemandem auf, daß der SSD dem van Nahl fünf Tage Bedenkzeit gegeben und ihn nach Hause geschickt haben sollte, obwohl

angeblich Beweise für Nahls illoyales Verhalten vorlagen und obwohl Hans van Nahl doch ein Mann war, der schon acht Jahre lang beim NKWD eingesessen hatte.

Wahrscheinlich wäre Hans van Nahl noch immer am Werk, wenn er seine Forderungen nicht übertrieben hoch gestellt hätte und wenn ihm nicht endlich jemand begegnet wäre, der seinen gesunden Menschenverstand auch dann noch behielt, als ihm ganze Stöße von Empfehlungsschreiben hoher staatlicher und kirchlicher Stellen vorgelegt wurden. Dieser Mann war der Stadtdirektor von Castrop-Rauxel, August Bangel, 59, der als Bundesvorsitzender der „Deutschen Friedensgesellschaft“ ein eigenes Urteil auch in Sachen Klara-Marie Faßbinder hat.

In den letzten Dezembertagen des vergangenen Jahres kommt der Amtsvor-



Castrop-Rauxels Stadtdirektor Bangel
Nahls Lügen werden aufgedeckt

steher des Vertriebenen-Amtes der Stadt Castrop-Rauxel, Stadtspektor Heitfeld, zu seinem Stadtdirektor, um ihm einen Fall vorzutragen, der von höchster Stelle protegiert werde. Bangel hört zum erstenmal den Namen van Nahl und von dessen Antrag auf 1000 Mark Sonderunterstützung als Sowjetzonenflüchtling.

Stadtdirektor Bangel gibt seinem Stadtspektor die Anweisung, ohne seine, des Stadtdirektors, Unterschrift nichts zu zahlen. Er nimmt sich den Akt van Nahl selbst vor. Sehr bald schon bekommt der kriminalistisch nicht unbegabte Stadtdirektor heraus, daß van Nahl nach dem Katholikentag in Fulda überhaupt nicht mehr in der Sowjetzone gewohnt hat, denn aus den Unterlagen ergibt sich, daß er schon vor dem Fuldaer Katholikentag in Westdeutschland gemeldet war.

Was dem August Bangel beim Studium der Unterlagen noch auffällt, ist die Tatsache, daß der so betont katholische van Nahl acht Tage vor dem Fuldaer Katholikentag eine evangelische Frau geheiratet hat, die einen evangelischen Sohn mit in die Ehe bringt. Die Frau war übrigens Mitarbeiterin des DDR-Ministers Selbmann.

Bangel benachrichtigt die Kriminalpolizei. Noch ehe deren Ermittlungsergebnis vorliegt, verlangt Hans van Nahl immer dreister die 1000 Mark, die Bangel ihm aber nach wie vor verweigert. Der Stadtdirektor läßt sich auch nicht einschüchtern, als van Nahl mit seinen Beziehungen droht. In der Tat erreicht der Fuldaer „Kronzeuge“, daß der Sozialminister in Düsseldorf den Stadtdirektor Bangel anweist, die 1000 Mark sofort an van Nahl auszuzahlen. Ein Durchschlag dieser ministeriellen Anweisung geht von Düsseldorf am Stadtdirektor vorbei direkt an das Vertriebenen-Amt der Stadt Castrop-Rauxel, was bis dahin ohne Beispiel war.

August Bangel sagt dem erneut im Rathaus aufkreuzenden van Nahl, nur er, der Stadtdirektor, allein sei für die Stadtkasse von Castrop-Rauxel verantwortlich; nicht einmal der Bundeskanzler oder der Bundespräsident könnten ihn zwingen, etwas zu tun, was nicht in Ordnung sei.

War es eine Photomontage?

In dieser etwas unbequemen Situation bestätigt endlich die Kriminalpolizei dem hartnäckigen Stadtdirektor, daß er recht gehandelt habe. Das Resultat der polizeilichen Ermittlungen: Hans van Nahl ist zehnmal vorbestraft, vorzugsweise wegen Betruges und ähnlicher Delikte. Im Jahre 1938 wurde er zu einer Zuchthausstrafe von dreieinhalb Jahren mit anschließender Sicherungsverwahrung verurteilt. Im Kriege spielte er den Geistesgestörten und kam in der Heil- und Pflegeanstalt Eickelborn sicher unter.

Dort brach er im August 1945 aus. Bereits 1946 wurde er wiederum wegen krimineller Verfehlungen gesucht, doch konnte er in die Sowjetzone verschwinden. Hier fand er dann tatsächlich Anschluß an katholische Einrichtungen, aber nicht um seinen Glauben zu bekennen, sondern um die Kirchenvereine finanziell auszunutzen. Auf dem Fuldaer Katholikentag landete er schließlich den Coup seines Lebens, als er darauf spekulierte, daß alles geglaubt wird, was tüchtig antikommunistisch ist.

Hans van Nahls Spekulation erwies sich als richtig. Mit seiner Geschichte über die Sowjetzone und die Professorin Klara-Marie Faßbinder fand er beim aufnahmebereiten westdeutschen Publikum denselben guten Anklang, wie ihn ein Jahr vorher Friedrich Jädicke in Westberlin mit der vorgetäuschten Säurebehandlung durch den SSD anfangs erzielen konnte (SPIEGEL 44/1953). Die wahre Drangsal aber, der die Bevölkerung der Sowjetzone ständig ausgesetzt ist, kommt durch solche Hochstapeleien und die Leichtgläubigkeit, mit der man ihnen in Westdeutschland begegnet, mehr und mehr in Gefahr, bagatellisiert zu werden.

Vor der Kriminalpolizei gab Hans van Nahl zu, daß er alles, was er über Frau Faßbinder erzählte, zusammengelogen hat. Er gestand auch, nach dem Fuldaer Katholikentag niemals mehr in der Sowjetzone gewesen zu sein. Auch das Bild, auf dem er vor dem Fuldaer Dom zu sehen ist, sei nicht echt, sagte Hans van Nahl vor der Polizei. Die Redaktion des katholischen Monatsblatts „Mann in der Zeit“ habe sein Porträt in eine Aufnahme des Fuldaer Doms hineinmontiert — was die Redaktion entschieden bestreitet: Das Photo sei sehr wohl echt.

Hans van Nahl ist übrigens neugierig, wie sein Prozeß ausgehen wird. Er meint, eigentlich gehörten jene, die ihm in Fulda die Chance für seine Gaunereien so großzügig eingeräumt und ihn immer wieder neu ermuntert hätten, seine Märtyrerstory zu verbreiten, auch auf die Anklagebank. Van Nahl vor der Kriminalpolizei: „Ich habe doch nur gesagt, was man grade so gern vor mir gehört hat.“